

Positive Laizität

Wieviel Laizität braucht der Staat? Wieviel davon verträgt er? Solche Fragen könnte stellen, wer sich Einlassungen und Wortmeldungen aus der letzten Zeit in Erinnerung ruft, die geradezu inflationär die Vokabel „Laizität“ bemühten, begleitet von allerlei Adjektiven. Von „positiver“, „offener“, „sinnvoller“ und „gesunder“ Laizität war in verschiedensten Zusammenhängen die Rede.

In ihrer im April 2007 veröffentlichten Erklärung „Wißt ihr denn die Zeichen der Zeit nicht zu deuten?“ traten die belgischen Bischöfe dem hartnäckigen Vorurteil entgegen, die katholische Kirche sei gegen die Trennung von Kirche und Staat. Sie zeige dies, wenn sie in öffentlichen Debatten das Wort ergreife. Die Kirche stehe für eine sinnvolle Laizität des Staates: „Es gibt eine offene Laizität und eine andere, die geschlossen ist. Letztere hat sich nicht nur von allem losgelöst, was mit Religion zu tun hat, sondern meint häufig, diese auch bekämpfen zu müssen. ... Alles, was vom Glauben inspiriert ist, gehört demnach in den Bereich der Privatsphäre.“ Gegenüber einer solchen – ideologisch bestimmten – Sicht betonen die Bischöfe: „Eine offene Laizität hingegen unterstützt, was den Menschen fördert und trägt zur Humanisierung des gesellschaftlichen Lebens bei ... Diese offene Laizität ist die authentische Umsetzung des Grundsatzes der Trennung von Kirche und Staat“ (Nr. 57–58).

An dieser Trennung will niemand ernsthaft rütteln – es wäre gegen jede Vernunft. Allerdings mehren sich Stimmen, die vor einem Verzicht auf Glaube und Religion warnen: „Es fehlt an intellektuellen Christen, an großen Stimmen, die die gesellschaftlichen Debatten vorantreiben und zeigen, daß das Leben nicht ein Konsumgut ist, wie jedes andere. Man braucht keine Angst vor den Religionen zu haben; die großen religiösen Bewegungen sind Zeugen der Hoffnung. Ich sehe nicht ein, warum Hoffnung dem republikanischen Ideal widersprechen sollte.“ Das Überraschende an dieser Diagnose ist, daß sie vom französischen Staatspräsidenten, dem höchsten Repräsentanten ausgerechnet jenes Staates stammt, in dem es – seit 1905 – eine derart strikte Trennung zwischen Kirche und Staat gibt wie sonst nirgendwo in Europa.

Zwar hatte Nicolas Sarkozy bereits im Jahr 2004 in seinem Buch „La République, les religions, l'espérance“ („Die Republik, die Religionen, die Hoffnung“) die Idee einer „positiven Laizität“ lanciert, die nicht auf den Katholizismus beschränkt war, sondern Religionen im allgemeinen eine positive Wirkung auf die Menschen attestierte. Doch diesmal ist der Rahmen ein anderer: Aus dem einstigen Innenminister ist inzwischen der Hausherr des Elysée-Palastes geworden. Als solcher trägt er den Titel eines „Ehren-Kanonikers“ der päpstlichen Lateranbasilika in Rom: ein Titel, der dem 1604 vom Protestantismus konvertierten französischen König Henri IV.

verliehen worden war, welcher die Einnahmen der Abtei von Clairac der Patriarchalbasilika San Giovanni in Laterano übertragen hatte und damit den dortigen Klerus für zwei Jahrhunderte finanzierte. Nach dem Ende der Monarchie war der Titel auf den obersten Repräsentanten der Republik übergegangen.

Anders als manche seiner Vorgänger ließ es sich Sarkozy nicht nehmen, am 20. Dezember 2007 den Titel im Rahmen einer Zeremonie selbst in Empfang zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit absolvierte er seinen Antrittsbesuch bei Papst Benedikt XVI. Sowohl in einem Exklusivinterview für Radio Vatikan und den Osservatore Romano wie auch in seiner Ansprache im Lateran betonte er, es sei „das Interesse der Republik“, daß es „viele Männer und Frauen gibt, die hoffen“. Daß er das seit 1905 geltende Gesetz ändern will, ist unwahrscheinlich. Der französische Laizismus wird heute im wesentlichen als Ausdruck persönlicher Religionsfreiheit verstanden. In einer Erklärung zum 100jährigen Bestehen des Gesetzes hatten die französischen Bischöfe 2005 von einer „ausreichenden Balance in den Beziehungen zwischen Staat und religiösen Organisationen“ gesprochen. Sie wollen dieses gewachsene Gleichgewicht nicht in Frage stellen. „Anpassungen“, so Sarkozy, seien jedoch unausweichlich.

Das Bekenntnis zu den religiösen Wurzeln Frankreichs erfolge angesichts der Situation einer „paradoxen“ Welt zwischen materiellem Fortschritt und der intensiven Suche nach Sinn und Identität. Frankreich benötige „überzeugte Katholiken, die nicht zögern, sich zu dem zu bekennen, was sie sind und was sie glauben“. In diesem Zusammenhang fiel das Wort von der „positiven Laizität“, die Religionen nicht als Gefahr, sondern als Bereicherung betrachtet. Während linke laizistische Kreise laut protestierten und Sarkozy Kompetenzüberschreitung, ja Verrat vorwarfen, sahen andere darin den Versuch, den Dialog mit den großen Religionen zu suchen und sich von der Mentalität eines rigorosen antiklerikalen Laizismus zu verabschieden. Der Erzbischof von Paris, Kardinal André Vingt-Trois, würdigte Sarkozy als Vertreter einer neuen politischen Generation, die das Verhältnis von Kirche und Staat weniger konfliktbeladen sehe. Beim traditionellen Neujahrsempfang Mitte Januar 2008 ließ Sarkozy eine Erklärung mit einem Bekenntnis zum Prinzip der Laizität verteilen, das die Achtung sämtlicher Glaubensüberzeugungen und nicht den Kampf gegen Religionen bedeute.

Wie auch immer man Sarkozys Äußerungen – deren politische Halbwertszeit umstritten bleibt – bewertet, eines wird deutlich: Auch laizistische Gesellschaften finden es wichtig, „die Stimme jener zu hören, die von einem spirituellen Engagement getragen werden“. Eine stärkere Einbindung von Religionen in das öffentliche Leben tut dem Staat gut. In ethischen Diskursen, auf vielen Politik- und Gesellschaftsfeldern ist ihre Stimme gefragt – im Sinn von „positiver“ bzw. „offener“ Laizität. Das hat sich in Deutschland unter anderem vor kurzem in der Debatte um die Stammzellforschung gezeigt, in der auch innerhalb der Kirchen um eine angemessene Position gerungen wurde.

Andreas R. Batlogg SJ